

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einspaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 12

Dienstag, den 4. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

713 Dampfer liegen still. Aus dem Haag wird unterm 1. November über die Lage in New York depechiert: Aus New York wird gemeldet, daß seit dem 15. Oktober infolge des Hafenarbeiterstreiks keine Post von New York nach Europa abgefaßt worden ist. 60 000 Postfäcke und 11 000 Postpakete warten auf Beförderung. Im New Yorker Hafen liegen 76 Passagier- und 637 Frachtdampfer still.

Pressfreiheit. Unser Breslauer Bruderblatt machte durch ein Extrablatt am 1. November bekannt: Auf Grund eines Verbotes des Militärbefehlshabers müssen wir das Erscheinen unserer Zeitung auf die Dauer von 3 Wochen vom 26. Oktober bis 17. November einstellen. Schlesische Arbeiterzeitung.

120 deutsche Seeoffiziere vor Gericht. Wie berichtet wird, beabsichtigt die englische Regierung, den Admiral Reuter und 120 Seeoffiziere wegen der Versenkung der deutschen Schiffe vor Scapa-Flow vor Gericht zu ziehen und vorläufig nicht freizulassen.

27 Polizisten verwundet. Reuter meldet aus Ägypten: In Alexandria kam es zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen einer aufrührerischen Volksmenge und der Polizei, bei dem der Pöbel (? die Red.) mit Steinen, Esteinen und Flaschen auf die Polizei losging und siebenundzwanzig Polizisten verletzte. Da es der Polizei nicht gelang, die Menschenmenge auseinanderzutreiben, wurden Truppen aufgeboden, die auf die Volksmenge feuerten und zwei Personen töteten und zehn verwundeten.

Der Kapitalismus zahlt. New York Times meldet aus London, daß einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge eine Gruppe von internationalen Bankiers Koltshak einen Kredit von 50 Millionen Dollar gewährt. Die Dmsler Regierung rechnet für die Zukunft auf die Unterstützung Amerikas.

Bündnis zwischen Japan und England. Nach einer Mitteilung des Pressebureau Regierung bekannt, daß sie mit England in Verhandlungen zwecks Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisvertrages eintreten wird.

Fürchterliche Eisenbahnkatastrophe in Dänemark. Am Sonnabend abend fuhr der Schnellzug aus Kopenhagen nach Kopenhagen ein. Fünf bis sechs Wagen und die eine Lokomotive stürzten die Böschung hinab und wurden zerschmettert. Nach den bisherigen Feststellungen sind 41 Personen getötet. Neun Leichen sind unter der umgestürzten Lokomotive gefunden worden. Unter den Verunglückten befinden sich 2 Deutsche. Ueber die Ursache des Eisenbahnunglücks wird mitgeteilt: Aus dem Zuge von Kallundborg, der gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintreffen sollte, fiel bei Bigger alev ein Kind aus einem Abteil. Als man das Kind wieder aufgefunden hatte und der Zug sich langsam in Bewegung setzte, brauste der D-Zug von Kopenhagen heran und fuhr in die letzten Wagen des vorhergehenden Zuges hinein. Fünf Wagen des Kallundborger Zuges wurden zerschmettert. Die ganze Nacht hindurch wurde an der Rettung der Verunglückten gearbeitet.

Ludendorff zum Duell gefordert. Ludendorff hat dem ersten Kriegsminister der deutschen Republik Scheuch den Vorwurf gemacht, er habe sich im Oktober 1918 nicht schuldig vor den Kaiser und das Heer gestellt. Scheuch hat wiederholt versucht, Ludendorff eines Besseren zu belehren, und als Ludendorff auf der Richtigkeit seiner Beweisführung beharrte, ihn vor die Pistole gefordert. Ludendorff hat es aber vorgezogen, sich nicht dem Geschöf seines Gegners anzufügen. Scheuch hat darauf, um "diesen Streit vom Deutschen Offiziersbund fernzuhalten", angekündigt, daß er den Vorstoß im D. O. B. niederlegen werde.

Schießende belgische Soldaten. Wie jetzt bekannt wird, sind am 24. Oktober abends die Werkmeister Otto und Joseph Wehr, zwei Brüder, auf der Heerdter Landstraße im niederrheinischen Besatzungsgebiet von zwei belgischen Soldaten angehalten und nach ihren Pässen gefragt. Als sie diese hervorholen wollten, gaben die Belgier drei Gewehrschüsse auf sie ab, wodurch die beiden Brüder im Rücken getroffen und schwer verletzt wurden.

Der Polizeikommissar als Schieber. Der Polizeikommissar Heiter der städtischen Lebensmittelpolizei in Essen wurde von der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht der Beteiligung an Schiebergeschäften verhaftet.

Vom Nordbuben Bof. Berliner Blätter berichten: Bof, der das Attentat auf den Abgeordneten Haase verübt hat, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Haft und wird dort vom Geheimen Medizinalrat Dr. Leppmann beobachtet, nachdem er vor dem Untersuchungsrichter seine Behauptung wiederholt, er habe Haase einen Denkartel verabreicht wollen, weil Haase Bestechungen und Unregelmäßigkeiten bei der preußischen General-Lotteriedirektion zu verheimlichen gesucht habe. Die Haftbeschwerde, die Bof eingelegt hat, ist von der Strafkammer verworfen worden.

Eröffnung der Washingtoner Arbeiterkonferenz. Die internationale Arbeiterkonferenz wurde in Abwesenheit der deutschen und österreichischen Delegierten eröffnet. Der Franzose Jouhaux ist zum Vizepräsidenten ernannt. Den Vorsitz führt der Arbeitervertreter Wilson.

Reuter bestätigt, daß die internationale Arbeiterkonferenz in Washington für die Zulassung der Vertreter Deutschlands und Österreichs zu den Sitzungen der Konferenz gestimmt hat.

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale

Von Arthur Crispian.

3. Sozialrevolutionäre aller Länder, vereint euch!

Wie soll nun die neue Internationale geschaffen werden? Wir wissen aus der Geschichte der Internationale, daß jedesmal, wenn sie aufgehört hatte zu bestehen, ungeduldige und vorzeitige Versuche unternommen wurden, sie wieder zu errichten. Diese Versuche haben nie zu einem Erfolg geführt. Jedesmal kam die neue Internationale erst dann zustande, wenn ihr Wiedererstehen durch die Verhältnisse zwingend wurde und wenn in den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder die Vorbereitungen dazu geschaffen waren. Sollten wir diese Lehren unbeachtet lassen? Das wäre durchaus nicht nützlich für die kommende Internationale.

Die Gründung der Moskauer Internationale ist so ein verfrühter Versuch. Hat doch selbst der Vertreter des Deutschen Spartakusbundes auf ihrer Gründungskonferenz die Gründung einer neuen Internationale als verfrüht bezeichnet. Es geht auch nicht an, daß ein Teil der internationalen Arbeiterbewegung eine Internationale gründet, ein Programm aufstellt und eine Taktik vorschreibt, die von allen anderen einfach hingenommen werden soll. Der Gründung einer Internationale müssen nationale und internationale Auseinandersetzungen und Klärungen vorausgehen. Und gerade in dieser Zeit welterschütternder Ereignisse und grenzenloser Verwirrung ist es doppelt nötig, durch den Kampf der Geister zur Klarheit — und damit zur Aktionsfähigkeit zu kommen.

Die Zeit drängt, wir können nicht warten, hören wir als Einwand, die Weltrevolution muß unmittelbar herbeigeführt werden, soll Sowjetrußland nicht zugrunde gehen und die Weltrevolution nicht für absehbare Zeit abhandeln. Gewiß, die Zeit drängt. Und welcher revolutionäre Sozialist sehnt nicht mit allen Fasern seines Herzens die Erhaltung des revolutionären Rußland und den Fortgang der Weltrevolution herbei. Diese Sehnsucht darf uns jedoch nicht zu Mitteln der Ueberstürzung und Verzweiflung greifen lassen. Je stärker diese Sehnsucht ist, desto mehr verpflichtet sie uns zur Schaffung einer proletarischen Macht, die in der Lage ist, die revolutionäre Epoche abzukürzen. Die Bildung dieser proletarischen Macht wird aber gerade durch die Zersplitterung der Internationale verhindert. Durch eine Zersplitterung ohne durchschlagenden Grund. Es ist nur die schlichte Feststellung einer Tatsache, wenn hier erklärt wird, daß die unabhängigen Sozialdemokraten nicht minder revolutionär sind, als die Parteien der Moskauer Internationale.

Die Zeit drängt. Das sagten Ungebuldige schon 1848, in der Annahme, daß die proletarische Revolution binnen zweimal 24 Stunden kommen werde. Und mußten sie nicht einsehen lernen, daß sie im Irrtum waren? Müßte sich deswegen die Arbeiterbewegung begraben lassen? Im Gegenteil, sie ist ständig gewachsen und reifer und stärker geworden. Heute wissen wir aus der Geschichte der Internationale, wie verderblich es ist, aus der rauhen Wirklichkeit harter Tatsachen in die Gefilde phantastischer Ideen und Illusionen zu flüchten.

Wer wagt es heute, ernsthaft zu behaupten, daß binnen zweimal 24 Stunden die Weltrevolution auch nur in allen europäischen Ländern ausbrechen wird? Ohne Frage, die Weltrevolution ist unvermeidlich, sie wird in allen kapitalistischen Ländern kommen, weil sie kommen muß, weil sie ihre bestimmte historische Mission hat, weil wir in ihrem Sinne bewußt auf die Entwicklung einwirken. Wenn aber nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, dann wird es noch eines harten, zähen und langwierigen Kampfes bedürfen, bis die Weltrevolution durch alle Lande braust. Es wäre eine verhängnisvolle Illusion, nichts mehr zu sehen, als die über Nacht kommende Weltrevolution und alle Kampfmittel bis auf die direkte Aktion für den unmittelbaren letzten Erfolg zu misshandeln. Es wäre eine für jeden Politiker unverzeihliche Unterlassungssünde, die proletarische Bewegung nicht auch auf ein langwieriges, zähes Ringen einzustellen.

Wie leicht erscheint manchen die Lösung des Problems der Internationale. Nach Moskau! Gehen wir nach Moskau! — Dieser Weg führt uns aber nicht zur Lösung, wenn wir unseren revolutionären sozialistischen Grundsätzen treu bleiben, wenn wir nicht als revolutionäre sozialistische Partei Selbstmord verüben wollen. Die Moskauer Beschlüsse atmen schonungslose Feindschaft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. In dem Manifest der Moskauer Internationale heißt es:

„Wenn der Krieg von 1870 der ersten Internationale einen Schlag versetzte, indem er die Tatsache enthüllte, daß hinter dem sozial-revolutionären Programm noch keine geschlossene Macht der Massen stand, so tötete der Krieg von 1914 die zweite Internationale, indem er zeigte, daß über den zusammengekauften Arbeitermassen Parteien stehen, die sich in untertänigen Organen des bürgerlichen Staates verwandeln.“

Dies bezieht sich nicht nur auf die Sozialpatrioten, die heute offen in das Lager der Bourgeoisie übergegangen, zu ihren bevorzugten Vertrauenspersonen und zu verlässlichen Helfern der Arbeiterklasse geworden sind, sondern auch auf das verschommene, unbeständige sozialistische Zentrum, das heute bemüht ist, die zweite Internationale, d. h. die Beschränktheit, den Opportunismus und die revolutionäre Machtlosigkeit ihrer leitenden Spitzen zu erneuern. Die Unabhängige

Partei Deutschlands, die heutige Mehrheit der sozialistischen Partei Frankreichs, die Gruppe der Menschewiki in Rußland, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und andere ähnliche Gruppen versuchen tatsächlich den Platz auszufüllen, den die alten offiziellen Parteien der zweiten Internationale vor dem Kriege eingenommen hatten, indem sie wie früher mit Ideen des Kompromisses und der Einigung auftreten, auf diese Weise mit allen Mitteln die Energie des Proletariats paralysieren, die Krise in die Länge ziehen und somit das Elend Europas noch vergrößern. Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum ist die notwendige Vorbereitung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus.“

Die unabhängigen Volksbeauftragten beteiligten sich im November 1918 nicht an der Regierung als „untertänige Organe des bürgerlichen Staates“, sondern als Beauftragte der revolutionären Arbeitermassen, um die Macht des bürgerlichen Staates zu brechen. Das wurde vereitelt durch den Verrat der Rechtssozialisten und durch die mangelnde revolutionäre Geschlossenheit und Zielliebe der breiten Massen. Ende Dezember 1918 traten die Unabhängigen aus der Regierung aus, um Schulter an Schulter mit dem sozialrevolutionären Proletariat den schärfsten Kampf gegen die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung und den bürgerlichen Staat zu führen. Tut nichts. Im März 1919 wird die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands in Moskau als „untertäniges Organ des bürgerlichen Staates“ verächtlich gemacht. In der Moskauer Resolution über die Stellung zu den sozialistischen Strömungen und der Berner Konferenz wird gesagt:

„Das „Zentrum“ besteht vom Beginn des Krieges an auf „Einigung“ mit den Sozialchauvinisten. Nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg predigt das „Zentrum“ weiterhin die gleiche „Einheit“, d. h. die Einheit der Arbeiterkommunisten mit den Mördern der kommunistischen Führer Liebknechts und R. Luxemburgs.“

„Es ist unbedingt erforderlich, die revolutionären Elemente vom Zentrum abzuspalten, was nur durch schonungslose Kritik und Bloßstellung der Führer des „Zentrums“ zu erreichen ist. Der organisatorische Bruch mit dem „Zentrum“ ist eine absolute historische Notwendigkeit. Es ist die Aufgabe der Kommunisten eines jeden einzelnen Landes, den Augenblick dieses Bruches je nach der Entwicklungsstufe, welche die Bewegung bei ihnen erreicht hat, zu bestimmen.“

Man sage nicht, das war im März, bevor sich die Unabhängigen ihr Revolutionsprogramm gegeben haben. Heute würden die Moskauer solche Beschlüsse nicht mehr fassen. Ganz abgesehen davon, daß die Beschlüsse nicht außer Kraft gesetzt sind, gelten sie heute noch als maßgebend für die Agitation der deutschen Kommunisten. Die Moskauer Beschlüsse gegen die Unabhängigen werden als Flugblätter und Flugblätter, in der Presse und in Versammlungen heute noch verbreitet und vertreten. Die Kommunisten greifen uns heute noch, von der Grundlage ihrer Moskauer Beschlüsse ausgehend, planmäßig in öffentlichen Volksversammlungen an, die von den Unabhängigen einberufen werden. Die Kommunisten verschonen oft genug die Rechtssozialisten und sogar die Bourgeoisie, um die Wucht ihres Kampfes gegen uns allein zu richten. Mir persönlich ist das wiederholt passiert. In einer Volksversammlung in Hannover traten drei Rechtssozialisten und fünf Kommunisten gegen unsere Partei auf. Die Kommunisten gehen dabei meist nicht auf die grundsätzlichen und taktischen Gegensätze zwischen unserer und ihrer Partei ein, sie greifen immer wieder dieselben „Führer des Zentrums“ an, um sie eben, getreu den Moskauer Beschlüssen, „schonungslos bloßzustellen“ und den Spaltplatz in unsere Partei zu tragen.

Diese Moskauer Taktik ist ebenso beklagenswert, wie sie schädigend auf die revolutionäre proletarische Bewegung wirkt. Unsere Agitatoren, wie ich selbst auch, haben sich unzähligmal laut und öffentlich mit den Kommunisten als revolutionäre Klassenkämpfer solidarisch erklärt. Wir haben über alle Gegensätze und bitteren Erfahrungen hinweg zu den Kommunisten gestanden, weil die ganze Meute der Reaktion auf ihren Fersen war. Wir haben uns regelmäßig darauf beschränkt, Angriffe und Anschuldigungen sachlich zurückzuweisen. Das alles hält die Kommunisten nicht davon ab, immer wieder ihre Zerkümmertaktik gegen unsere Partei anzuwenden. Der linke Flügel des revolutionären sozialistischen Proletariats könnte einig und geschlossen dastehen, wenn die Kommunisten es wollten!

Es liegt aber System in der Moskauer Taktik gegen die Unabhängigen. Bevor in Deutschland eine Klärung und Sammlung möglich war, haben die Kommunisten den revolutionären sozialistischen Flügel des Proletariats gespalten. Syndikalistische Kommunisten bemühen sich, die gewerkschaftlichen Organisationen zu zerkümmern. Kommunisten haben dieser Tage die sozialistische Jugend auseinandergerissen. Sie wollen nun auch die Unabhängige Sozialdemokratie sprengen. Dabei haben die Kommunisten mit ihrer Taktik so vollkommenen Schiffsbruch gelitten, daß ihre eigene Partei sich in einem Zustand der Desorganisation befindet. Die Kommunisten laufen gegen ihre eigene Zentrale Sturm. Vertreter des Parlamentarismus wüten gegen Antiparlamentarier, sozialistische Kommunisten gegen syndikalistische und anarchistische Kommunisten. Eine trostlose Zerfahrenheit und Zerrüttung in der ganzen kommunistischen Partei. Ueberall niederreißen, zerstören, verwüsten, zerkümmern, ein Chaos auf allen

Gebieten. Ganz im Sinne Bakunins: Zerkümmern aller Autorität durch Entfesselung böser Leidenschaften. Niederreißen aller Organisation. Und aus den Trümmern wird durch den natürlichen Instinkt der Massen das neue große Wunder erwachsen.

Kampf ohne Pardon gegen die sozialrevolutionären Unabhängigen! Verbrüderung mit den Syndikalisten! Das ist ebenfalls eine Moskauer Parole. Das Moskauer Manifest erklärt:

„Indem wir die Halbheit, Lügenhaftigkeit und Fäulnis der überlebten offiziellen sozialistischen Parteien verwerfen, fühlen wir, die in der dritten Internationale vereinigten Kommunisten, uns als die direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.“

Und in den Richtlinien der Moskauer Internationale nach einer erneuten Absage an die Unabhängigen:

„Auf der andern Seite ist ein Block mit denjenigen Elementen der revolutionären Arbeiterbewegung notwendig, welche, obgleich sie früher der sozialistischen Partei nicht angehörten, jetzt im großen und ganzen auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, z. B. mit entsprechenden Elementen des Syndikalismus.“

Zurück zur Zeit vor Marx! Zurück zu Babeuf! Zurück zum Syndikalismus! Das ist der Weisheit letzter Schluß. Wena die „entsprechenden Elemente des Syndikalismus“ auch nur „im großen und ganzen“ auf dem Standpunkte der proletarischen Diktatur in der Form der Rätemacht stehen, so sind sie den Moskauer trotz dem als Blodgenossen willkommen. Tod aber den Unabhängigen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, die die proletarische Diktatur und das Rätesystem in ihrem Programm aufgenommen haben.

Die ganze Taktik der Moskauer Internationale beruht auf dem fundamentalen Irrtum, daß die proletarische Revolution heute und morgen in jedem kapitalistischen Staat zum Ausbruch kommt. Mit einem Kampf über diese Zeit hinaus wird garnicht gerechnet. Es ist die Taktik der Verzweiflung, der Versuch, die Weltgeschichte zu vergewaltigen. Diese Taktik hat aber die Wirkung, die Reaktion zu fördern, anstatt der Revolution zu nützen. Sie stiftet überall Verwirrung in den Reihen der Arbeiter, sie wirkt wie Sprengpulver auf die proletarischen Armeen in den verschiedenen Ländern und hindert ihre Aktionsfähigkeit auf nationalem und internationalem Gebiet. Die Regierungen der Entente schicken ihre Bajonette gegen Nowjetroßland. Deutsche Landsknechte unterstützen das Regime der Reaktion gegen die russische Sowjetregierung. Der russischen Revolution kann desto wirksamer geholfen werden, je stärker und geschlossener die sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern ihren reaktionären Regierungen entgegenzutreten imstande sind.

Den Weg nach Moskau haben die Moskauer selbst durch ihre Beschlüsse und durch ihre Praxis gegen die Unabhängigen für uns gesperrt. Auf Grund dieser Beschlüsse könnten wir nur in den Kreml gelangen, wenn wir uns blindlings den Kommunisten unterordnen und in die internationale kommunistisch-syndikalistische Organisation aufgehen würden.

Die Moskauer Beschlüsse können nicht die Plattform einer neuen Internationale bilden, diese Plattform kann nur von allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder gemeinsam geschaffen werden.

Darum sind auch die Versuche entschieden abzulehnen, durch die die sogenannte zweite Internationale wieder entstehen soll.

Diese Internationale hatte ihre Berechtigung zu ihrer Zeit. Heute wäre sie nichts als ein Gespenst aus der Vergangenheit. Nicht alte Posthörer aus vergangenen Tagen können heute den Kapitalisten den Marsch blasen, sondern die Posten des jüngsten Gerichts müssen ertönen. Mögen die Toten ihre Toten begraben. Die neue Internationale wird der Fels sein, auf dem die Kirche der Gegenwart gebaut wird.

Es bleibt kein anderer Weg, wir müssen mit allen revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder, mit Einschluß der Bolschewisten, Verbindungen anknüpfen und Be-

ziehungen zu ihnen herstellen und Vorbereitungen treffen, zur Einberufung eines sozialistischen Weltkongresses. Zu diesem Weltkongress sollen alle sozialistischen Parteien zugelassen werden, die durch Wort und Tat den selbständigen Klassenkampf führen, die die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter erstreben, die auf dem Boden des Rätesystems stehen und die die Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangsmassnahme für die Zeit vom Kapitalismus bis zum Sozialismus anerkennen. Die sozialistischen Parteien mit einem solchen Programm werden allein in der Lage sein, eine aktionsfähige, siegesverheißende Internationale zu bilden.

Die Schaffung einer solchen Internationale ist ein zu gewaltiges Werk, als daß es in einigen Wochen oder Monaten vollendet sein könnte. Aber ein Werk, das erstehen wird, wenn wir ernsthaft wollen. Es sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Wie viel Mühe wird es nicht allein schon kosten, auch nur wieder die Verbindungen zwischen den sozialistischen Parteien aller Länder herzustellen! Alle diese Schwierigkeiten sind aber dazu da, daß sie überwunden werden.

In den verschiedenen Ländern ringen sich die sozialistischen Organisationen mehr und mehr zur Klarheit durch, sind sie dabei, sich auf dem heute gegebenen Kampffeld zu orientieren, die Raders zu bilden, die Waffen zu prüfen, zu ergänzen und zu schärfen. In den verschiedenen Ländern vollzieht sich in immer steigendem Maße die Vereinigung des Proletariats auf dem Boden der sozialrevolutionären Grundzüge, zur Fortführung der proletarischen Revolution. Das alles muß auch auf dem Gebiet der Internationale geschehen. Dann werden wir in einer internationalen Organisation alle revolutionären Sozialisten von Sibirien, über Asien, Europa und Amerika bis Japan zusammenfassen können. Dann werden die Proletarier aller Länder eine eigene Internationale haben, zu der auch die Sozialisten der westlichen Staaten Europas gehören, der Länder, die kapitalistisch am höchsten entwickelt und die darum, wie uns das Studium der Wirtschaftsgeschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung lehrt, am reifsten für die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus sind. Eine Internationale, die in Wort und Tat revolutionär ist, ohne jeden opportunistischen Krankheitskeim. Eine Internationale für den internationalen Triumph des Sozialismus.

Politische Mundschau Deutschland

Ein Dokument, das genügt

Die Wiener Zeitungen veröffentlichen aus den demnächst herauskommenden deutschen Dokumenten über den Kriegsausbruch einen Brief des Legationsrates von Schön an den bayrischen Ministerpräsidenten Graf Hertling, desselben Herrn Schön, der Eisner der Fälschung bezichtigt hat. Es würde vollkommen genügen, wenn die Dokumente aus diesem einzigen Brief beständen, der völlig genügt, um der Diskussion über die Schuldfrage ein für allemal ein Ende zu bereiten und jeden, der sich nicht abschließend die Augen verschließt und die Ohren verstopft, über die verbrecherische Gesellschaft des alten, von vielen wieder so heiß herbeigesehnten Deutschland aufzuklären. In diesem Brief heißt es:

„Der diplomatische Schritt der Wiener Regierung wird mit der Uebergabe einer Note in Belgrad am 26. d. M. eingeleitet. Die Hinausschiebung erfolgte, weil man die Abreise Poincarés und Bivanis aus Petersburg abwarten wollte. Auch will man bis dahin mit der Verurteilung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabs die friedlicheren Tendenzen vortäuschen und auf Böse und Presse Einfluß nehmen.“

Wie Zimmermann mir mitteilt, wird die Note folgende drei Forderungen aufstellen:

1. Der König von Serbien soll in einer Proklamation erklären, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung fernstehe,
2. die serbische Regierung soll gegen die Mörder des Thronfolgerpaars eine Untersuchung einleiten, an der auch ein österreichischer Beamter teilnimmt,

„Es ist,“ fuhr der Verteidiger fort, „in den unteren Schichten unseres Volkes ganz allgemeiner Brauch, daß Brautleute schon vor der Hochzeit wie Eheleute mitsammen leben. Es wäre also nicht anderes als die Uebung einer allgemeinen Volksfitt, die der Angeklagten zur Last fielen, wenn sie einen intimen Verkehr zwischen ihrer Tochter und deren verlobtem Bräutigam duldet und zugab. Aus diesem Verhalten der Angeklagten den Tatbestand der schweren Kuppelei extrahieren zu wollen, erscheint mir so gezwungen wie grausam.“

Wollte man diesen Standpunkt strikt im Lande durchführen, so würden die Zuchthäuser bald nicht mehr ausreichen, alle die schuldigen Mütter aufzunehmen. Der Vertreter der Anklagebehörde sah sich veranlaßt, am Schluß seiner Ausführungen hier Gott selbst anzuführen, als den Rächer aller Uebelthaten. Es scheint mir wenig in den Absichten einer gütigen und menschlichen Schwächen verstehenden Gottheit gelegen, eine arme Familie dadurch unnötig ins Unglück zu stürzen, daß man ihre Ernährerin mit einer zweijährigen Zuchthausstrafe ihrer ehe-lichen Arbeit entzieht und einen lange Jahre schwer kämpfenden Hausstand auf solche Weise dem Untergange preisgibt. Es hiesse das Glück, das durch diese reiche und gute Heirat der Tochter dem Elendstumpfe dieser bejahrten Eltern ein Ende macht, in Trümmer schlagen, wenn auf die rachsüchtige Denunziation des Zeugen Koch hin Frau Hecker nun ins Zuchthaus wandern sollte.

Die Schicksaler junger, mit Schönheit gesegneter Mädchen in dieser Riesentadt sind oft genug wie Glücksmärchen. Hier will sich ein solches vollziehen. Vernichten Sie es nicht, meine Herren Richter. Der Bräutigam des Fräulein Hecker ist ein Künstler und steht deshalb auf einem anderen Moralstandpunkte wie wir Alltagsmenschen. Ihn tut es nichts, daß seine Verlobte infolge ihrer sozialen Ungeschicklichkeit die Sünde kurz gestreift hat. Dies macht der blonden Schönheit in des Künstlers Augen keinen untilgbaren Flecken. Er reicht der Erwählten trotzdem die Hand und zieht das Mädchen erlöserhaft zu sich empor in der Art, wie Altmeister Goethe das einst geträumt und wohl auch selbst in seinem Leben gewagt und vollzogen hat. „Unsterbliche heben mit feurigen Armen verlorene Kinder zum Himmel empor.“

Ich vertraue der Lebens- und Weltkenntnis der Herren Richter so zweifellos, daß ich, in Ansehung der besonderen Umstände dieses eigenartigen Falles, einen glatten Freispruch für meine Klientin hier erwarte.“

Als der Verteidiger seine Ausführungen begann, hörte Jordan vorerst mit einem gewissen sachmännischen Wohlgefallen zu. Welch eine Fertigkeit, dachte er, die Dinge mit dialektischem Geschick so zu drehen und zu wenden, daß sie in ihr Gegenteil verkehrt werden. Eine Kunst eigentlich.

3. schärfstes Vorgehen gegen alle Teilnehmer der großserbischen Bewegung.

Die Befristung der Note dauert 48 Stunden. Man ist hier der Meinung, daß Serbien die Bedingungen nicht erfüllen kann. Infolgedessen wäre der Krieg unvermeidlich. Oesterreich müßte die Lage ausnützen, doch zweifelt sowohl Jagow als Zimmermann, ob man sich in Wien tatsächlich dazu entschließen wird. Wir haben auf die Frage Wiens geantwortet, daß wir mit Oesterreichs Vorgehen einverstanden sind, sogar auf die Gefahr hin, mit Rußland in einen Krieg zu kommen. Zimmermann hat den Eindruck, daß die furchtsamen und stets besorgten Kreise in Wien es sogar unangenehm empfunden haben, daß man Oesterreich vorher nicht offiziell ermahnt hatte.

Nach hiesiger Auffassung wird die Stellung der anderen Großmächte davon abhängen, ob Oesterreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder Gebietszugeständnisse erstreben wird. Im ersten Fall wäre der Krieg lokalisiert, im zweiten müßte man mit größeren Verwicklungen rechnen. Die Reichsregierung werde im Interesse der Lokalisierung des Krieges sofort nach Uebergabe der Note eine Aktion bei den Großmächten beginnen und ihnen gegenüber behaupten, daß Deutschland durch die Aktion Oesterreichs ebenso überrascht wurde, wie die anderen Großmächte. (Ich möchte bemerken, daß wir nicht einmal Stationen unterrichtet haben.)“

Von einem anderen Dokumente, das sich auf den „Friedens-taifer“ bezieht, wird aus Budapest folgendes gemeldet:

Der Pester Lloyd veröffentlicht den vom Historiker, Bischof Wilhelm Fraatnoi, im Wiener kaiserlichen Archiv aufgefundenen Geheimbericht des Grafen Tisza vom 4. Dezember 1915 an den Kaiser Franz Joseph über seinen Besuch bei Kaiser Wilhelm II. Er erklärt darin, daß er vergeblich versuchte, die ihm allzu optimistisch erscheinenden Anschauungen des Kaisers Wilhelm, der die Kräfte des Gegners beträchtlich unterschätzte und über den weiteren Verlauf des Krieges und dessen Ausgang allzu günstige Erwartungen hegte, auf den Boden der realen Tatsachen zurückzuführen. Er halte es darum für notwendig, durch Vermittelung der Venker der verantwortlichen deutschen Politik dauernd einen maßgebenderen Einfluß auf Kaiser Wilhelm auszuüben.

Der Sturm auf gegen die Arbeiter-Aufsichtsräte.

Kein Tag vergeht, an dem die kapitalistische Presse ihren Bannstrahl gegen das „Unannehmbarere im Betriebsrätegesetz-Entwurf“ sendet. Am schärfsten liegt den Unternehmern die Bestimmung über die Arbeiter-Aufsichtsräte im Magen. Wie die Rechtssozialisten hiermit einen festen Stützpunkt zur Heranbildung von Sachverständigen der Sozialisierung glauben gewinnen zu können, so befürchten die Unternehmer durch diese Bestimmung eine unerwünschte Beschleunigung des Endes ihrer Herrlichkeit. Im Berliner Tageblatt nimmt zum soundsovielten Male Herr Reichsminister a. D. Gothein das Wort. Er kennt den Hummel. Und sein bedrängtes Herz erzittert bei dem Gedanken, die Arbeiteraufsichtsräte könnten dahinter kommen, wie von den Aufsichtsräten der Öffentlichkeit die Augen verkleistert wurden.

„Die Bilanzen der Aktiengesellschaften werden veröffentlicht: jeder Arbeiter kann sie einsehen. Aber wie sie aufgestellt werden, wie die einzelnen Vermögensobjekte darin bewertet werden, das ist die Sache des Vorstandes und des Aufsichtsrats. Eine Gesellschaft, die sie nach den Gestehungskosten abzüglich der Ausnutzung in die Bilanz einstellen wollte, würde nach wenigen Jahren bankrott sein. Sie vermöchte keine ungünstige Konjunktur zu überleben; jeder größere technische Fortschritt, der die bisherigen Maschinen und Verfahren entwertet, würde sie konkurrenzunfähig machen. Die deutsche Industrie ist groß geworden nicht an den Gewinnen, die sie ausgewiesen hat, sondern an denen, die sie versteckt hat. Aus diesen hat sie ihre Erweiterungsbauteile, ihre technischen Verbesserungen bestritten, hat sie sich beständig verjüngt und leistungsfähig erhalten, hat sie bis zum Krieg immer neuen Arbeitermassen stets lohnende Beschäftigung verschafft.“

Wie wenn ein Maler das Motiv einer öden Alltagsdecke mit umbildender Phantasiestraft in eine ideale Landschaft wandelt. Aber wenn der bildende Künstler mit einer holden Täuschung Schönheit schafft und so die Welt um einen Glücksfaktor bereichert, hier, an Gerichtsstatt, galt denn doch ein gänzlich anderes Ziel.

Hier sollte die reine und nackte Wahrheit gesucht und festgestellt werden, und wer die Tatsache entstellte, der verschleierte die Wahrheit und führte die Gerechtigkeit irre. Das gerade war es, was Jordan so häufig die Verteidigerschaft gering schätzen machte, daß sie alle Mittel im Kampfe gelten ließ und so Erlangung von Vorteilen keine noch so gewagte Behauptung scheute, nur um die Sache, für die sie stritt, in eine bessere Lage zu bringen. Der Aufwand von Pathos vollends für Behauptungen, denen der Redner im innersten Herzen selbst nicht beipflichten konnte, der dünkte Jordan eine wenig achtbare Handlung.

Jetzt aber machte der Verteidiger gar einen Vorstoß mit einem einfach abgefeimten Juristentrick.

Die Hecker die legitime Braut des ungarischen Malers — das war denn doch der Gipfel der Unverschämtheit! Wahrhaftig die echt semitische Ansicht dieses Verteidigertalents hatte es fertig gebracht, darauf zu verfallen, dieses rasch improvisierte Brautpaar mit zwei funkelgelbgekleideten Trauringen zur Stelle zu schaffen und mit dem pflügenden Einsall dieser Momentsverlobung die Kuppeleianklage auf das gefährlichste zu erschüttern. Ihn selbst sogar, den erfahrenen Kriminalisten, hatte der Piffikus von Verteidiger dabei im ersten Augenblick mit dieser fecken Finte zu überbelpeln vermocht.

Dem bei der ersten Ankündigung dieser Verlobung durch den Verteidiger hatte Jordan fast einen physischen Schmerz empfunden, der ihm freilich im Augenblick ganz unverständlich war. Auf dem tiefen Grunde seiner Seele suchte er den Anlaß dieses Unlustgefühles und fand ihn nicht.

Es war sicher nicht der Anlagerevertreter, der durch diese ungeahnte und plötzliche Wendung der Dinge seine Position im Handumdrehen arg verschlechtert sah, der diesen Schmerz empfand.

Rein, er, Jordan, war es, Jordan, der Mensch, der einen wehen Auf verspürte, als der Verteidiger erklärte, Herta Hecker sei die Braut des Malers, der sie heiraten werde. Ganz ratlos stand Matthias Jordan vor diesem rätselhaften Schmerzgefühl, dessen Anlaß ihm noch im tiefsten Schicksalsdunkel lag. Aber hier galt es jetzt nicht, wirren und krankhaften Regungen der eigenen Seele nachzuspüren, hier galt es vielmehr, das Lügengewebe mit einem Hiebe zu zerreißen, der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Schutz und zur Ehre. Jordan erhob sich zur Replik. (Fortsetzung folgt.)

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

12]

Der Zug von Eleganz und Distinguiertheit, den ihre äußere Erscheinung aufweist, findet sich auch in ihren Neigungen und Anlagen. Ist es ein solches Todverbrechen, wenn ein so junges und schönes Wesen, das für Luxus und Wohlleben geschaffen wurde und irgendwoher, vielleicht von einem geheimen Ahnherrn diesen Zug ihres Blutes bekommen hat — ist es eine solche Todsünde, wenn ein so junges, unerfahrenes und lebensdürstiges Ding, dem jeder ihm begegnende Mann nachstellt, vorübergehend einem Herrn Steffens in die Hände fällt und den Lockungen seiner Bettelpennige erliegt?

Gewiß hätte meine Klientin, die Angeklagte, ihre schöne Tochter in diesem einen Falle besser behüten können, aber die Frau leistet schwere Arbeit und ist in Anbetracht des Gebrechens ihres Mannes die eigentliche Ernährerin der Familie. Daß Frau Hecker von den paar Mark, die Herr Steffens etwa fünfmal an die Zeugin Fräulein Hecker entrichtet hat, jemals auch nur einen Pfennig erhielt, das ist weder erwiesen noch anzunehmen.

Das kann auch nicht die Grundlage für eine Bestrafung von so ungeheuerlichem Ausmaße abgeben, wie der Vertreter der Anklagebehörde sie soeben beantragte. Einen zweiten Fall, in dem die Zeugin Fräulein Hecker Geldzuwendungen von ihr bekannnten Herren angenommen hat, vermochte der rührige Zeuge und Denunziant, Herr Koch, nicht nachzuweisen. Das hat den Herrn Staatsanwalt nicht gehindert, die Zeugin mehrfach als Dirne, als Kontroll- und Straßennädchen zu bezeichnen. Der Fall Lokatos liegt gänzlich anders und ist in jedem Betracht dazu angetan, die Angeklagte zu entlasten.

Der nach der Bezeichnung des Herrn Staatsanwalts „zugewanderte“ Herr Lokatos ist der Sohn eines ungarischen Großgrundbesitzers. Der junge Maler besitzt neben seinem schon heute sehr fruchtbaren Talente eine feste Jahresrente von zehntausend Mark. Er ist, ich stelle das hier auf Grund seiner direkten Veranlassung hier fest, nicht der Liebhaber der Zeugin Fräulein Hecker, sondern deren legitimer Verlobter. Er hat ihr das feste Heiratsversprechen gegeben. Das Fräulein trägt, wie ihr Verlobter, bereits den Ehering an der linken Hand. . . .

Der Verteidiger machte eine Pause und musterte den Richterisch. Die Wirkung dieses gänzlich neuen Argumentes war verblüffend. Die Richter rissen die Augen auf, und des Staatsanwaltes Züge erstarrten völlig. Tiefe Blässe war über sie gekommen. . . .

Herr Gothein muß die Öffentlichkeit doch für naiver halten als sie ist, wenn er ihr jetzt einreden will, die Aufsichtsräte hätten die Gewinne versteckt, um Erweiterungs- und technische Verbesserungen durchführen zu können. Dazu stehen florierenden Aktiengesellschaften ganz andere Mittel zur Verfügung, als versteckte Gewinne. Der Hauptgrund zum Verstecken der Gewinne ist, der Öffentlichkeit ihre großen Profite und damit den Grad der Ausbeutung der Arbeiter zu verbergen.

Nach dem Verhalten der Unternehmerpresse und der Unternehmer-Organisationen konnte es scheinen, als ob in der Tat den Arbeiter-Aufsichtsräten größere Bedeutung beizumessen wäre. Aber Gothein schüttelt denen, die auf diese Perle im Betriebsratsgesetz besonders stolz sind, auch gleich einen gehörigen Schuß Bismarck in den Wein, indem er drolert, was folgt, wenn die Arbeiter-Aufsichtsräte eingeführt werden:

„Vor völlig zuverlässigen Aufsichtsratsmitgliedern der Arbeiter kann alles ruhig verhandelt werden. Haben Vorstand und Aufsichtsrat dieses Zutrauen zu ihnen aber nicht, so würden alle wichtigen Sachen in vertraulichen Besprechungen der von den Aktionären gewählten Aufsichtsratsmitgliedern abgemacht und würde in den offiziellen Sitzungen nur noch das Formale erledigt werden. Das ist unerwünscht, aber es wäre die notwendige Sicherung gegen Vertrauensbruch. Uebrigens ist es ein Verfahren, das unter Umständen schon heute nicht selten angewendet wird.“

Bomitt gesagt sein soll, daß dieser Gang der Dinge wirklich ernst zu nehmen ist. Ist es auch etwas altes, so ist es im Zusammenhang mit den rosigen Hoffnungen auf die „legensreiche“ Tätigkeit der Arbeiter-Aufsichtsräte neu genug, um als Faktor bei der Unwirksammachung des ganzen anzufraglichen Gesetzes-Fabrikates mit in Rechnung gestellt zu werden.

Zum Berliner Metallarbeiterstreik

Aus den Berliner Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die Unternehmer schlagen für die Arbeitsaufnahme folgendes vor:

1. Der Streik wird für beendet erklärt. Die Arbeit wird in allen Betrieben von sämtlichen Arbeiterkategorien nach Maßgabe der Ziffer 2 aufgenommen.

2. Die Betriebe werden die (sämtliche) Arbeiter nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse mit möglicher Beschleunigung wieder einstellen. Vor dem 15. Dezember 1919 darf der Platz eines aus Anlaß des Streiks noch arbeitslosen Arbeiters nicht durch betriebsfremde Arbeiter besetzt werden.

3. Die Mitglieder der Arbeiterausschüsse, die infolge des Streiks nicht entlassen worden sind, nehmen sofort ihre Tätigkeit im Arbeiterausschuß wieder auf. An die Stelle entlassener Arbeiterausschuß-Mitglieder treten deren nicht entlassene Stellvertreter. Eine Neuwahl findet nach den gesetzlichen Bestimmungen statt, sofern nicht mehr die gesetzliche Zahl der Arbeiterausschuß-Mitglieder vorhanden ist.

4. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt. Diejenigen, die während des Streiks gearbeitet haben, einschließlich der Arbeiter, die während des Streiks neu eingestellt wurden, dürfen in keiner Weise belästigt oder benachteiligt werden. Ueberhaupt darf keinerlei Belästigung oder Benachteiligung wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder politischen Partei stattfinden.

5. Die durch den Streik herbeigeführte Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses soll bei Bemessung des Urlaubes nicht als solche angesehen werden. Es wird also die vor dem Streik im Betrieb verbrachte Zeit angerechnet.

6. Die durch die Einklassifizierung sich ergebenden neuen Löhne treten unter der Voraussetzung der Ziffer 1 am Tage nach der Verkündung des Gesamtschiedspruchs in Kraft.

Dieser oben stehende Vorschlag der Unternehmer wurde uns am 29. Oktober überreicht. Wir forderten das (in Klammern stehende) in Ziffer 2 gesperrte Wort als Zusatz. Die in den übrigen Ziffern gesperrten Sätze sollten in Wegfall kommen. Ferner zu Ziffer 2 folgenden Zusatz: „Der Arbeiterschaft werden dieselben Rechte gewährt, wie diese sie bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatte.“

Zu Ziffer 6 verlangten wir folgenden Zusatz: „Spätestens vom 1. November 1919 an.“

Nachdem die Unternehmer sich zurückgezogen hatten, gaben sie folgende Erklärung ab:

„Das Wort „sämtliche“ in Ziffer 2 kann nicht angenommen werden.“

Ziffer 3 soll unverändert stehen bleiben mit folgendem Zusatz: „Wo kein vollzähliger Arbeiterausschuß vorhanden ist, wird den Arbeitern freigestellt, eine Vertretung in geheimer Abstimmung zu wählen, die die Obliegenheiten des Arbeiterausschusses bis zu dessen Neuwahl vorsteht. (Auf Frage antworteten die Unternehmer: nur die Arbeiter, die in den Betrieben sind, haben gegebenenfalls die Vertretung zu wählen, der Zeitpunkt für die Vornahme der Wahlen wird den Arbeitern überlassen).“

Zu Ziffer 4 erklärten sich die Unternehmer bereit, den beanstandeten Satz zu streichen.

Zu Ziffer 6 erklärten sich die Unternehmer bereit, den von uns beantragten Zusatzantrag anzunehmen, mit der Modifikation, daß die neuen Löhne vom 3. November an gezahlt würden, wenn die übrigen Punkte angenommen und die Arbeit sofort aufgenommen würde.

Der Streik geht infolge dieses ungenügenden Entgegenkommens der Unternehmer weiter fort. Ganz offenbar haben es die Unternehmer auf die Vernichtung der Betriebsräte abgesehen.

Konservative Bescheidenheit

Durch die Aufhebung der Leder-Zwangswirtschaft sind bekanntlich die Preise für Leder ins Ungemessene gestiegen. Das Reichswirtschaftsministerium hat nunmehr kürzlich eine Verordnung erlassen, die bestimmt, daß ein Drittel des Mehrerlöses von Viehhäuten nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung dem Lieferanten des Viehes, von dem die Häute stammen, zugeführt wird. Das erscheint den profitlustigen Agrariern aber noch zu wenig; sie verlangen den gesamten Mehrerlös für sich und haben nunmehr zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums einen entsprechenden Antrag gestellt. Auch er beweist, wohin die Fahrt geht. Die Agrarier verlangen die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur deshalb, um vollste Wucherfreiheit zu haben und die Schleichhandelspreise

zur Norm für alle landwirtschaftlichen Produkte erheben zu können!

Die Entrüsteten

Die Presse berichtet, daß die Polen die Vorsteherin der Gewerbeschule in Posen, eine ältere Dame, sowie zwei Lehrerinnen mit geschlechtskranken Prostituierten zusammengepörrt haben. Darob große Entrüstung über die „Zivilisation und Humanität, wie die Polen sie auffassen“. Wir wollen die Barbarei der Polen natürlich in keiner Weise entschuldigen. Den pharisaisch sich empörenden alldeutschen Organen aber wollen wir doch zu bedenken geben, daß seinerzeit im Reichstag Genosse Dittmann die schändliche Tatsache festnageln mußte, daß zwei anständige junge Mädchen, die wegen einer politischen Tat in Schutzhaft genommen wurden, wochenlang mit Prostituierten zusammengepörrt wurden. Im zivilisierten deutschen Reich! Damals haben die Herrschaften, die jetzt am lautesten über die polnische Barbarei schreien, wahrlich nichts Besseres zu tun gewußt, als den „Mantel der christlichen Nächstenliebe“ über die unbequeme Tatsache zu decken.

Parteienossen!

Was muß jeder einzelne jetzt tun?

Die Organisation der U. S. P. und ihre Presse für den Agitationsbezirk Elbing,

die Elbinger Volksstimme stärken

ihr neue Leser und neue Inserenten zuführen. Sie ist es, welche die Grundzüge und Forderungen des Sozialismus der Öffentlichkeit zugänglich macht. Sie ist es, welche die Rechte der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten verteidigt gegen alle Anmaßungen des Kapitalismus. Es ist deshalb eure Pflicht, die Druckerei auszubauen, zu vergrößern,

damit sie den Kampf wuchtiger und wirkungsvoller führen kann.

Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, weitere Anschaffungen sind nötig.

Dazu gehört vor allem Geld.

Jedes Mitglied der U. S. P. muß Anteile für die Elbinger Volksstimme zeichnen. Keiner darf zögern, Geld im eigenen Unternehmen anzulegen, das unablässig für die materielle und geistige Befreiung kämpft. Das angelegte Geld wird verzinst. Anteilsscheine können gezeichnet werden in der Geschäftsstelle Spieringstraße 21, sowie bei allen Bezirksleitern und Vertrauensleuten. Jeder, auch der kleinste Betrag hilft! Deshalb, Genossen,

zeichnet Anteilsscheine!

In und um Elbing

Die Kandidatenliste der U. S. P.

Als Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie Elbings sind für die am 30. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen folgende Genossen und Genossinnen aufgestellt:

1. Hermann Baude, Geschäftsf. d. Bauarb.-Verb., 1. Niederstr. 1.
2. Paul Köhler, Geschäftsf. d. Metallarb.-Verb. Raftanienallee 31.
3. Anastasius Grunwald, Parteisekretär, Grubenhagen 15.
4. Dr. Ernst Kranz II, prakt. Arzt, Sonnenstr. 83.
5. Frau Agnes Baude, Ehefrau, 1. Niederstr. 1.
6. Ernst Vogel, Dreher, Königsbergerstr. 32.
7. Karl Paetz, Maurer, Pangritzstr. 39.
8. Wilhelm Müller, Geschäftsf. d. Metallarb.-Verb., Hohejimmstr.
9. Franz Kühn, Maschinenarbeiter, Raftanienallee 78.
10. Heinrich Perschon, Händler, Hochstr. 97.
11. Erich Lange, Lehrer, Wilhelmstr. 37.
12. Franz Rudnicki, Geschäftsf. d. Volksstimme, Gr. Wunderberg 38.
13. Georg Erbin, Kupferschmied, Raftanienallee 31.
14. Gottlieb Poschadel, Lagerhalter, Neuf. Marienbgd. 57.
15. Josef Wilki, Fabrikarbeiter, Leichnamstr. 63.
16. Hermann Recht, Geschäftsf. d. Holzarb.-Verb., Raftanienallee 31.
17. August Schmidt, Kupferschmied, Hochstr. 1.
18. Gustav Hef, Schlosser, Talstr. 38.
19. Franz Kinski, Dekonome, Holzstr. 4.
20. Albert Krüger, Kaufmann, Georgendamm 21.
21. Karl Groß, Gewerksch.-Angeht., Gr. Wunderberg 16.
22. Otto Sellwig, Schlosser, Ritterstr. 23b.
23. Franz Harwardt, Dreher, Sternstr. 25.
24. Friedrich Dangel, Gewerksch.-Angeht. d. Metallarb.-Verb., Maasstr. 3.
25. Gustav Biewrodt, Geschäftsführer, Gartenstr. 32.
26. Frau Harwardt, Zigarrenarbeiterin, Sternstr. 25.
27. Friedrich Hippler, Kaufmann, Leichnamstr. 94.
28. Richard Döring, Kesselschmied, Trusostr. 20.
29. Ernst Gottschall, Tischler, Königsbergerstr. 34.
30. Anton Scheiba, Dreher, Alter Markt 17.
31. Hans Papproth, Angeht. d. Metallarb.-Verb., Kl. Wunderberg 38.

32. Friedrich Bauer, Schmied, Sternstr. 44.
33. Rudolf Grigoleit, Buchdrucker, Junkerstr. 15.
34. Frau Gertr. Kirchner, Zigarrenarbeiterin, Neuegutstr.
35. Richard Biltow, Kupferschmied, Raftanienallee 164.
36. Friedrich Pohl, Former, Raftanienallee 46.
37. Ferdin. Baumgarth, Arbeiter, 2. Niederstr. 6.
38. Otto Kretschmann, Former, Brandenburgerstr. 20.
39. Friedrich Mergel, Transportarbeiter, Wittenfelderstr.
40. August Pfehl, Schlosser, Junkerstr. 8.
41. Eduard Melzner, Dreher, Gartenstr. 13.
42. Wilhelm Krömke, Schmied, 2. Niederstr. 11.
43. Paul Rajewski, Fabrikarb., Pangritzstr. 9.
44. Theodor Pannwitz, Rieter, Kl. Rosenstr. 17.
45. Ernst Werner, Tischler, Fischervorberg 5.
46. Heinrich Kiepert, Fabrikarb., Pangritzstr. 9.
47. Otto Papproth, Schlosser, Mattendorferstr. 26.
48. Bernhard Ruhr, Schlosser, Sturmstr. 5.
49. August Rückbrodt, Dreher, Gr. Zahlerstr. 19.
50. Paul Mauser, Dreher, Grünstr. 28a.
51. Wilhelm Büschel, Rev.-Dreher, Talstr. 14.
52. Albert Goldau, Schlosser, Hohejimmstr. 10a.
53. Frau Groß, Gr. Wunderberg 16.
54. Alfons Becht, Klempner, Raftanienallee 100.
55. Karl Korban, Schlosser, Neuf. Stallstr. 56.
56. Ferdinand Kiedel, Fabrikarb., Neuf. Marienbgd. 9.
57. Gustav Rohmann, Schlosser, Sturmstr. 13.
58. Rudolf Balzer, Maurer, Sonnenstr. 40.
59. Frau Grete Dangel, Neuegutstr. 8a.
60. Wilhelm Schiel, Rieter, Grünstr. 56.

Ein politischer Prozeß

Vor dem Elbinger Schwurgericht standen gestern unsere Genossen Dolecki und Horst, des Landfriedensbraches, der öffentlichen Zusammenrottung, Körperverletzung und Nötigung beschuldigt. Eine geringfügige Sache war hier zu dieser Anklage maßlos aufgebauscht. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge auf der Schichauwerft vom 13. Dezember 1918. Die auszulofenden Geschworenen setzten sich zum kleineren Teil aus Handwerksmeistern und Arbeitern zusammen. Die Verteidigung machte darum von ihrem Ablehnungsrecht den weitgehenden Gebrauch, so daß schließlich mehr Geschworene der arbeitenden Schichten ausgelost wurden. Wie sehr der Prozeß die Arbeiterschaft interessierte, konnte man an der starken Besetzung des Zuhörerraumes sehen. Eigentümlich berührte es, daß der Vorsitzende bei der Personenfeststellung die Bemerkung machte, daß Genosse Horst während des Krieges nicht Soldat war (Genosse Horst ist wegen Krankheit zurückgestellt worden), andererseits auf die Auszeichnungen des Genossen Dolecki hinwies.

Die Verhandlung zeigte den Rechtssozialisten Hermann Schulz in sehr zweideutiger Beleuchtung. Sehr interessant war die Vernehmung der Zeugen Schulz und Grunwald.

Schulz: Wenn jemand das Herausstarren verurteilt, so bin ich es.

Vorsitzender: Sie sollen in merkwürdiger Weise die Arbeiter auf den Artikel hingewiesen, sagen wir mal auf deutsch: gehetzt haben.

Schulz: Ich weise es ganz entschieden zurück, daß ich gehezt habe. Das Wort hezen kenne ich gar nicht.

Vorsitzender: Der Angeklagte Dolecki behauptet, daß Sie am Abend vorher im Volkshause vor Zeugen die Äußerung getan haben: „Wenn die Elbinger Arbeiter sich dieses gefallen lassen, so sind es keine Unabhängige mehr.“

Schulz: Ich weise ganz entschieden zurück, daß ich diese Äußerung getan habe.

Vorsitzender: War der Unterschied in den Dezembertagen so groß zwischen Unabhängigen und Rechtssozialisten?

Schulz: Ja, die Unabhängigen wollten sich nicht einigen.

Zeuge Grunwald erklärt, jener Artikel von Rudnicki sei von ihm so verstanden worden, daß der Artikel die Spitze gegen einzelne Mitglieder des Arbeiterrats, hauptsächlich aber gegen Schulz gehabt hat. Auch er (Grunwald) habe die Äußerung Schulz gehört. Ferner habe Schulz tags darauf in einer Frauenversammlung auf eine Anfrage hin seine Genehmigung darüber in folgenden Worten kundgegeben: „Wenn irgend jemand Recht geworden ist, so ist Rudnicki in vollem Maße Recht ge-
sehen.“

Zeuge Swiczowski erklärte, er hätte Dolecki am 23. Dezember, als die Erregung der Schichau-Arbeiter sich gegen Herrn Leug und Carlson richtete, kennen gelernt. Er sei hauptsächlich derjenige gewesen, der durch sein Auftreten es vermocht habe, seine Arbeitskollegen zu beruhigen.

Der letzte Zeuge, Rudnicki, gibt an, er hätte die beiden Angeklagten in der Menge gesehen. Horst sei ihm wegen seiner Größe aufgefallen, während er Dolecki in dem Moment gesehen hat, als er jemanden eine gegen Rudnicki erhobene Latte aus der Hand wand.

Das Plädoyer des Staatsanwaltes war unter diesen Umständen ziemlich matt ausgefallen. Er bemühte sich zwar, den Begriff der öffentlichen Zusammenrottung aufrecht zu erhalten. Es gelang ihm aber nicht. Die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Wiechowski und Karlewski, zerplückten nacheinander das Anklagematerial recht gründlich. Der Fall wäre nicht so furchtbar tragisch gewesen, daß eine Welt- und Staatsaktion aus ihm gemacht würde. Wer habe ein Interesse an der Bestrafung? Der Zeuge, der geschädigt sei, habe keinen Strafantrag gestellt, die Firma Schichau habe den Strafantrag zurückgezogen. Blicke lediglich der Staat. Dem sei am besten gedient, wenn eine verhältnismäßig harmlose Sache nicht ohne Not aufgebauscht würde.

Nach kurzer Beratung kehrten die Geschworenen zurück. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen gegen beide Angeklagte. Das Gericht verurteilte den Freispruch. Die Verhandlung hatte geendet, wie sie nach der Beweisaufnahme enden mußte.

Unser Kommunalprogramm

In der Wohnungstages steht unser Kommunalprogramm folgende Forderungen vor:

Kommunalisierung des Wohnungswesens.

a) Die Gemeinden haben darauf hinzuwirken, daß sie den Grundbesitz ihres Bezirkes sowie die auf ihm befindlichen Gebäude erwerben, um sie gemeinnützig zu verwalten.

b) Für die genügende Anzahl von Wohnungen ist durch Eigenbau zu sorgen, wobei gesunde Beschaffenheit und Schönheit der Häuser und Wohnräume zu berücksichtigen sowie die für gemeinschaftliche Bewirtschaftung der Bewohner erforderlichen Einrichtungen (insbesondere gemeinsame Koch-, Wasch- und Bädereinrichtungen) zu treffen sind.

Die Wählerlisten

liegen nur noch bis morgen aus. Parteigenossen, seht sie ein! Sichert euer Wahlrecht!

Für Ledige sind besondere Ledigenheime zu errichten.
c) Die Wohnungsaufsicht und Wohnungsvermittlung untersteht gemeindlichen Wohnungsämtern; sie haben Vorschriften über Mietpreise, Beschaffenheit und Kündigung der Wohnungen und die zulässige Zahl ihrer Bewohner zu erlassen.

Elbinger Stadttheater

Die Ehre! Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. — Eines der meist aufgeführten Schauspiele ist Sudermanns „Ehre.“ Seit 1889 beherrscht das Stück fast sämtliche deutsche Bühnen. Den Konfliktstoff bieten zu diesem Stück die Gegensätze zwischen Vorderhaus und Hinterhaus. Borne lebt mit seiner Familie der Kommerzienrat Mühling, hinten dagegen der Arbeiter Heinecke. Der Sohn des letzteren ist Kaufmann, bei Mühling aufgezogen und Filialleiter seiner Firma in Batavia. Als Weltmann kehrt er mit seinem Freund, dem Grafen Traft, nach seiner Heimat, in sein Elternhaus zurück. Die Atmosphäre in seinem Elternhause dünt ihn erniedrigend, ja er glaubt darin ersticken zu müssen. Er kommt hinter ein Verhältnis seiner jüngsten Schwester Alma mit dem jungen Kurt Mühling und muß sehen, daß seine Eltern in ihrer Einfalt und Armut dafür kleine Vorteile und Geschenke genießen. Er fühlt dadurch seine Ehre in den Schmutz gezogen und will sich nach seinen Ehrbegriffen Genugtuung verschaffen. Jedoch begegnet man ihm mit Hohn. Wie kommt er dazu, er, der Kommiss der Firma und Sohn des Arbeiters aus dem Hinterhause! Sein Freund, Graf Traft, hat andere Begriffe über die moderne Ehre. Er hat sich längst zu einer anderen Auffassung bekennen müssen und hilft dem jungen Heinecke, sich wieder aufzurichten. Hierbei wird er durch Leonore Mühling, die seine Anschauungen teilt, unterstützt. Sie liebt Robert Heinecke und ist erschüttert von den Anschauungen ihres Hauses, in dem die Ehre mit Geld bezahlt wird. Trotz des drohenden Fluches ihrer Familie wirft sie sich ihm als Genugtuung für die ihm angetane Schmach in die Arme. Graf Traft tritt dem sich rasend gebärdenden Kommerzienrat freundlich mit der Erklärung entgegen, daß seine Tochter eine gute Partie mache, denn Robert Heinecke würde sein Kompagnon und Erbe, worauf Kommerzienrat Mühling mit kriechender Freundlichkeit die Worte von sich gibt: Warum haben sie das nicht gleich gesagt! Doch Traft behandelte ihn mit großer Ironie und läßt ihn mit den Worten stehen: Ihren geehrten Segen erbitten wir schriftlich! Das Haus war voll besetzt. Den Robert Heinecke gab Herr Miedley in hervorragender Weise. Auch der abgeklärte Weltmann Graf Traft wurde von Herrn Homfeld glänzend wiedergegeben. Herr Schuhhardt bemühte sich den Kurt Mühling noch blasierter zu gestalten, als es schon die Rolle vorschreibt. Das Gleiche gilt auch für Herrn Wald. Die Leonore des Fr. Scheurich war eine gute Leistung. Ebenso die halbreife Alma des Fr. Welsch. Der Kommerzienrat Mühling fand in Herrn Direktor Spieß einen Vertreter, mit dessen Leistungen man wohl stets einverstanden sein kann. Auch die übrigen Darsteller bemühten sich, ihren Rollen gerecht zu werden. Wir können unsern Genossen nur empfehlen, sich das Stück anzusehen. —Id.

Schneiderstreik

Die Schneider sämtlicher hiesigen Firmen sind zur Unterstützung von Lohnforderungen der Zuschneider in den Streik getreten. Eine Ausnahme machen die bei der Firma Döbel beschäftigten Gehilfen, die sich dem Streik, entgegen dem Beschluß der Organisation, nicht angeschlossen haben. Gegen dieses eigenartige Verhalten wird von den Streikenden aufs schärfste Stellung genommen.

Was noch vorkommen kann

Ein Landarbeiter schreibt uns: Am 23. Oktober wurde ich vom öffentlichen Arbeitsnachweis nach Kampenau zum Besitzer R. geschickt. Als Tagelohn sollte ich 6 Mark, dazu freie Station erhalten. Was verstehen die Herren Landwirte unter „freier Station“? Ich erhielt eine schlechte Bettstelle, ein Kopfkissen und eine Decke. Konnte also wohl ganz gut auf Heu oder Stroh schlafen. Aus Auskleiden war nicht zu denken. Die Bettstelle stand im kalten Pferdestall, im Pferdestand! Das ist lebensgefährlich. Wer soll da noch Lust haben, aufs Land zu gehen? Deutscher Michel, wache auf!

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zum 31. v. Mts. wurden der Witwe Meißner, Königsbergerstraße, 1 Ziege, 22 Hühner und 3 Gänse gestohlen. In der Nacht zum 2. November wurden dem Kaufmann Dingel, Kastanienallee, 2 Schweine, jedes ca. 2 Ztr. schwer, im Stall geschlachtet und gestohlen. Als Täter in beiden Fällen konnte der Arbeiter Drowke ermittelt werden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde eine Riste Zigarren ohne nähere Bezeichnung vorgefunden, die zweifellos von einem Einbruch herrührt. Nähere Angaben hierüber sind dem Kriminalbüro Zimmer I. b erwünscht.

Süddeutsche Nachrichten

Buchdruckerstreik in Königsberg

Die hiesigen Buchdruckergehilfen haben am 1. November die Arbeit eingestellt, weil eine Forderung von den Arbeitgebern des Königsberger Buchdruckgewerbes abgelehnt worden war. Infolgedessen können bis auf weiteres die Königsberger Zeitungen nicht erscheinen.

Die Liquidation des Militarismus

Mit dem 1. November hat das Bezirkskommando Königsberg als Militärbehörde sein Bestehen eingestellt und die Bezeichnung „Versorgungsstelle Königsberg“ angenommen. Die Versorgungsstelle ist eine Zivilbehörde.

In Danzig sind weitere Kasernen und militärische Gebäude der Stadt übergeben worden.

Bäckerstreik in Schöneck

Der Kreis Ausschuß hatte in seiner letzten Sitzung den Preis für ein 1350 Gramm Brot auf 90 Pfennig festgesetzt. Gegen diese Preisfestsetzung hatten die Bäcker Schönecks Einspruch erhoben, mit der Begründung, daß bei dem jetzigen Mehlpreise von 33 Pfg. pro Pfund der Verkaufspreis des Brotes lediglich den Mehlpreis entspricht und ein Verdienst nicht berücksichtigt ist. Da die Eingabe der Bäcker nicht den gewünschten Erfolg hatte, schlossen die Bäcker ihre Betriebe. Nach zweitägiger Streikdauer gelang es dem Magistrat, die Bäcker zur Wiedereröffnung ihrer Betriebe zu bewegen. Da die mündlichen Verhandlungen mit dem Landrat in Berent zu keinem Ergebnis führten, wird sich jetzt zur Regelung der Streitfragen eine Kommission zum Regierungspräsidenten nach Danzig begeben.

Stimmungsmache

Die bürgerliche Presse bringt folgende Notiz:
Kostspielige Reichsbetriebe. Wie eine sozialdemokratische Korrespondenz aus der Verwaltung der Reichsbetriebe Spandau, Kiel und Wilhelmshaven erfährt, sind die Einnahmen für dieses Jahr nur auf 2 Millionen Mark festgesetzt worden, denen Ausgaben von 495 Millionen Mark gegenüberstehen.

Für den Augenblick sind wir nicht in der Lage, nachzuprüfen, ob eine „sozialdemokratische“ Korrespondenz diesen bössartigen Schwindel in die Welt gesetzt hat. Es sei lediglich festgestellt, daß hier eine Tartarennachricht plumpster Art wiedergegeben wird.

Von nah und fern

Ein Arbeiterdichter gestorben

Edgar Steiger, der bekannte Schriftsteller und Kritiker ist, 60 Jahre alt, in München einer Lungenentzündung erlegen. Er kam, als der verstoßene Sohn eines orthodoxen Schweizer Pfarrers, über die Theologie zur Literatur und zur Sozialdemokratie. Vom Basler Vorwärts, den er längere Zeit leitete, vertrieben ihn die sozialdemokratischen Spießer wegen seiner, ihnen zu freien Lebensauffassung. Als Schriftleiter der Neuen Welt trat er besonders dadurch hervor, daß er im Jahre 1896 auf dem Parteitage in Erfurt die modern-literarische Richtung, die naturalistische Dichtkunst, der er ein Vorkämpfer war, gegen eine philiströse und allzu frühe Kunstauffassung mit Erfolg verteidigte. Mehrere Jahre war er auch an der Leipziger Volkszeitung als Schriftleiter des Feuilletons und als Theaterkritiker tätig. Seit vielen Jahren lebte er in München, wo er als Mitarbeiter des Simplicissimus jetzt noch als Einziger an die besseren Zeiten dieses Blattes erinnerte und wo nun seine Tätigkeit als Novellist, Lyriker, Kritiker, Literaturhistoriker durch den Tod ein Ende fand. — Obgleich er in den letzten Jahren mehr und mehr die Fühlung mit der Arbeiterbewegung verlor, hat er sich doch durch sein Wirken als Dichter und Kämpfer auch bei der deutschen Arbeiterschaft Unrecht auf ein ehrendes Gedenken erworben.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

frei Haus — von der Abholstelle

(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)

Name:
Wohnort:
Straße:

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau und unserer guten Mutter sowie für die reichen Kranz- und Blumenspenden spreche ich allen hiermit meinen innigsten Dank aus.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Max Abraham.

Beerdigungsinstitut H. Herder,
Teleph. 571 Wilhelmstr. 58 Begründ. 1894.

U. S. P. IV., V. u. VI. Bezirk
(Neueinteilung der Bezirke)

Mittwoch, d. 5. Nov., abends 6 Uhr, im Volkshause
Vertrauensmänner-, Kassierer- und Delegierten-Sitzung.
Die Bezirksleitungen.

Chag-Tabak garant. rein übersee,
wollige Ware,
für d. verwöhntesten Raucher
empfiehlt

Otto Heldt, Inh. Otto Wein
Zigarren-, Tabakhandlung, am Gericht.

NB. Im Preise ebenso billig, wie anderweitig angebotene, minderwertige Ware.

Die Buchdruckereien Elbings sind dahin übereingekommen, schriftliche Preis-Offerten für Drucksachen im Betrage von unter Mk. 100.— nicht mehr kostenlos abzugeben. Werden solche verlangt, der Druckauftrag der angefragten Druckerei jedoch nicht erteilt, so werden die der Druckerei für die Preisberechnung entstandenen Kosten dem Anfragenden in Rechnung gestellt.

Elbing, den 1. November 1919.

E. Wernichs Buchdruckerei
Reinh. Kühn. Buchdruckerei O. Siede
Oscar Warwell. Alfred Seiffert
Ernst Dey. Hans Kaehler
Elbinger Volksstimme.

Stadtbücherei.

Die 17. Ausstellung der Zugänge dauert vom 6. bis 8. November und umfaßt 70 Bände.

Das Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr und Sonnabend von 9 Uhr vormitt. bis abends geöffnet. Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Mittwoch Fleischverkauf.

Rosenschlächtere
Georgsdamm 15.

Firma 130-140 Str. Weiskohl, à Str. 6 Mt., hat abzugeben
Automobilfabrik
Kommis. Betriebs-Arbeiter-Nat. Zu melden beim Portier.

Herrenfahrrad

mit guter Gummibereifung u. Freilauf umständeh. billig zu verk. Gr. Wunderberg 18, I.

Friseurlehrling

wird gesucht.
Rattelsberger, Wasserstr. 53.

Berschiedene wenig getragene

Herren- und Damengarderoben

stehen billig zum Verkauf bei
Ernst Doebel
Schneidermeister
Spieringstraße 16.

Möbliertes Zimmer

wird zum 15. d. Mts. gesucht.
Schriftl. Meld. unter A. 3 an die Geschäftsstelle dies. Zeitung.

Elbinger Standesamt

vom 4. November 1919.
Sterbefälle: Tischlermstr.-Witwe Marianne Suchozobeski geb. von Chlebowski, 65 J. — Maschinist Mag. Johannes Gumowski, 1 J., 7 W. — Arbeiter Ernst Splietz, 1 J., 7 W. — Fabrikarbeiter Emil Hermann Wandt, 1 S., 1 J. — Jno.-Rent.-Empf. Gottfried Metelburg, 72 J. — Konditor Bruno Oskar Konrad Eising, 1 J., 12 W. — Hospitalit. Julius Temp, 74 J. — Besitzerfrau Amalie Ellert geb. Bierwolf, 40 J. — Fabrikarbeiter August Bendig, 1 S., 3/4 J. — Fuhrhalterfrau Emma Maria Martha Witsch geb. Roslowski, 41 J.